

Endlich umdenken in der Drogenpolitik!

Die gegenwärtige Drogenpolitik setzt auf Verbote, Kriminalisierung und Strafverfolgung von Konsument*innen statt auf Hilfe für Abhängige. Diese werden »dank« juristischer Verfolgung noch weiter in die gesellschaftliche Isolation gedrängt. Fehlende Betreuung und Beratung sowie die Angst vor Strafverfolgung gefährden ihre Gesundheit und führen nicht selten zum Tod. Wir, die linksjugend[*'solid*], wollen neue Wege gehen. Für uns steht ein selbstbestimmter und bewusster Konsum von Drogen – egal ob Kaffee, Zigaretten, Gras oder Speed – im Mittelpunkt, bei dem die gesundheitlichen Risiken gering gehalten werden.

Wir sind uns darüber bewusst, dass es so etwas wie einen vollkommen ungefährlichen Drogenkonsum nicht gibt. Der Glaube an eine völlig drogenfreie Gesellschaft ist allerdings utopisch und geht gänzlich an der Realität vorbei. Drogen sind vielmehr eine Alltagserscheinung und gehören seit jeher zur Menschheitsgeschichte. Die Unterscheidung zwischen tolerierbaren, legalen Drogen und verteufelten, illegalen Drogen erfolgt willkürlich und hat oft nichts mit dem tatsächlichen Gefahrenpotential eines Rauschmittels zu tun. Drogenkonsum findet in allen sozialen und Altersschichten statt. Die Folgen der Kriminalisierung stehen in keinem Verhältnis zum Konsum selbst: Menschen verlieren nicht nur ihren Führerschein, weil es immer noch keine sinnvollen Grenzwerte für THC-Gehalt im Straßenverkehr gibt, sie verlieren oftmals auch ihre Existenz und werden durch die unsinnige Strafverfolgung sozial isoliert. Der Justizapparat wird dabei gezwungen, sich um »Kleinkiffer*innen« zu kümmern, anstatt tatsächliche Verbrechen aufzuklären.



RAUSCH OHNE REUE

linksjugend
[*'solid*]
Schleswig-Holstein

Verbot hilft nur der Kriminalität

Das Verbot von Rauschmitteln führt weiterhin nicht etwa zu einem verminderten Konsum, im Gegenteil: Das Verbot verstärkt die Gefahren und Probleme des Drogenkonsums: Durch Streckmittel, die der Profitsteigerung dienen, werden die gesundheitlichen Risiken des Drogenkonsums erhöht. Durch verunreinigte Stoffe sind Überdosierungen vorprogrammiert. Das Strecken wird dabei auch noch von der Justiz honoriert. Das Strafmaß bezieht sich nämlich nur auf den Wirkstoffgehalt der Droge, nicht jedoch auf die Beimengungen.

Durch ein Verbot werden auch nicht weniger Drogen konsumiert. In Deutschland wird beispielsweise prozentual mehr Cannabis konsumiert als in den Niederlanden, wo der Cannabiskonsum in Coffee-Shops toleriert wird.

Das Verbot ist ein regelrechter Geldsegen für die organisierte Drogenkriminalität, welche eng mit Zwangsprostitution, Menschen- und Waffenhandel verflochten ist. Die Einnahmen aus dem Handel mit Drogen finanzieren ganze andere Bereiche der organisierten Kriminalität.

Um ihre Drogensucht zu finanzieren, sehen sich Abhängige oft gezwungen, Straftaten zu begehen oder sich zu prostituieren. Auch die finanziellen Folgen des Verbots sind nicht unerheblich. Die Strafverfolgung von Konsument*innen und die Bekämpfung der Beschaffungskriminalität kosten jährlich viele Millionen Euro. Stattdessen lässt sich der Staat Steuereinnahmen in Millionenhöhe – etwa auf Cannabis – entgehen.

Für einen selbstbestimmten verantwortungsvollen Umgang!

Wir fordern daher einen offenen gesellschaftlichen Umgang mit Rauschmitteln, der Menschen einerseits das Recht ermöglicht, selbst zu entscheiden, welche Substanzen sie konsumieren wollen und andererseits Abhängigen die bestmöglichen Betreuungs- und Hilfsangebote bietet.

www.solid-sh.de / info@solid-sh.de
facebook.com/linksjugend.sh

Prävention und Therapie

Entkriminalisierung der Konsument*innen aller Drogen! Prävention und Therapie, statt Isolation und Strafverfolgung!

»Drug-Checking«-Projekte, welche der Qualitätskontrolle dienen und so eine erhöhte gesundheitliche Gefahr durch unklare Zusammensetzungen der Drogen aus dem Weg räumen.

Suchtprävention auch im Bereich der »legalen« Drogen wie Alkohol, Medikamente, aber auch Glücksspiel.

Informations- und Aufklärungskampagnen an Schulen, die an der Realität orientiert und frei von ideologischer Verteufelung sind.

Legalisierung von Cannabis und staatlich organisierter Anbau und Verkauf von Cannabisprodukten!

Einführung eines Grenzwertes ähnlich der Promillegrenze im Fahrerlaubnisrecht!

linksjugend
[solid] 
Schleswig-Holstein

www.solid-sh.de



Recht auf Rausch.